Niederschrift

über die 10. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 02.03.2011, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen
3. 62. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Tripsrath, Bereich südöstlich der Straße Am Kreuz, östlich der Straße Eiseder Hof und nordwestlich der Hubertusstraße
Beratung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: 347/2011
4. 1. Änderung des Bebauungsplanes 97 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Tripsrath, Bereich südöstlich der Straße Am Kreuz, östlich der Straße Eiseder Hof und nordwestlich der Hubertusstraße
Beratung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung
Vorlage: 348/2011
5. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 351/2011
6. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 20 der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 355/2011
7. Änderung des Einzelhandelskozptes der Stadt Geilenkirchen - Entwurf
Vorlage: 352/2011
8. Änderung der Bebauungspläne für die Gewerbegebiete Niederheid, Selka und Fürthenrode

Geltungsbereiche: Gewerbegebiete in der Ortslage Niederheid, zwischen B 221 und Landstraße

4.1 Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

und der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

4.2 Verabschiedung der Planentwürfe zur Offenlage und zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2 BauGB

- a. 1. Änderung der Bebauungsplanes Nr. 30,
 - b. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42,
 - c. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65,
 - d. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69,
 - e. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86,
 - f. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88,
 - g. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96.
- Vorlage: 349/2011

- 9 . Beratung über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben
Vorlage: 327/2011
- 10 . Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2011
Vorlage: 324/2010
- 11 . Vorstellung und Beratung über die Entwurfsplanung zum Ausbau der Bischof-Pooten-Straße in Teveren
Vorlage: 237/2010
- 12 . Beratung über Grundregelungen der Abfallsammlung im Stadtgebiet ab 2012
Vorlage: 344/2011
- 13 . Widmung von Verkehrsanlagen gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW)
Vorlage: 366/2011
- 14 . Beratung und Beschlussfassung über das Einvernehmen einer Abgrabung westlich der B 221
Vorlage: 367/2011
- 15 . Vorlage der Übersicht über die Übertragung von Ausgabeermächtigungen in das Jahr 2011
Vorlage: 368/2011
- 16 . Bekanntgabe und Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 369/2011
- 17 . Antrag der SPD-Fraktion zur "Umgestaltung einer Fahrbahnaufpflasterung in der Straße "Am Wiesenhang"

- 18 . Gestaltung des Zufahrtbereiches vor dem Rathaus
- 19 . Bestellung eines stellvertretenden Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungsausschuss
- 20 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 21 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmans
5. Hans-Jürgen Benden
6. Karl-Peter Conrads
7. Klaus Dohlen
8. Uwe Eggert
9. Dr. Stefan Evertz
10. Toska Frohn
11. Johann Graf
12. Theresia Hensen
13. Dipl. Ing. Johannes Henßen
14. Horst-Eberhard Hoffmann
15. Karin Hoffmann
16. Rainer Jansen
17. Gabriele Kals-Deußen
18. Michael Kappes
19. Dipl. Ing. Stefan Kassel
20. Wilfried Kleinen
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Gerd Latour
25. Markus Melchers
26. Manfred Mingers
27. Dr. Joachim Möhring
28. Hans-Josef Paulus
29. Manfred Schumacher
30. Barbara Slupik
31. Manfred Solenski
32. Kurt Sybertz
33. Raimund Tartler

34. Ruth Thelen
35. Marlis Tings
36. Dipl.-Ing. Harald Volles
37. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

38. Hans-Josef Bröhl
39. Beigeordneter Herbert Brunen
40. Andreas Eickhoff
41. Heinrich Gemünd
42. Beigeordneter Hans Hausmann
43. Alexander Jansen
44. Michael Jansen
45. Lea Schmitz
46. Franz Willems

Protokollführer

47. Tina Offermanns

Es fehlten:

48. Herbert Brandt
49. Uwe Neudeck

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest; die Stadtverordneten Brandt und Neudeck hätten sich entschuldigt. Des Weiteren verlas er eine Beanstandung der letzten Niederschrift des Rates des Stadtverordneten Sybertz.

Der Stadtverordnete beanstandete im Protokoll der Sitzung vom 15.12.2010, dass es auf Seite 19 unter TOP 18.6 heißen sollte: „Stadtverordneter Sybertz fragte nach, ob das Rückhaltebecken ursprünglich nicht auf der anderen Seite geplant worden sei, auf der eine zu schützende Weißdornhecke vorhanden sei.“ Der Rat nahm die Beanstandung zur Kenntnis.

Zudem schlug Bürgermeister Fiedler die Ergänzung der Tagesordnung gem. der verteilten Tischvorlage um folgende Punkte vor:

- unter TOP 17 im öffentlichen Teil: Antrag der SPD-Fraktion zur „Umgestaltung einer Fahrbahnaufpflasterung in der Straße „Am Wiesenhang“
- unter TOP 18 im öffentlichen Teil: Gestaltung des Zufahrtbereiches vor dem Rathaus
- unter TOP 19 im öffentlichen Teil: Bestellung eines stellvertretenden Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungsausschuss
- unter TOP 26 im nichtöffentlichen Teil: Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses zur Einbringung von Erdankern unterhalb der Vogteistraße

Der Rat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung zu.

Bürgermeister Fiedler wies weiter darauf hin, dass den Ratsmitgliedern als Tischvorlage eine Information zum Baubeginn des II. Bauabschnittes auf der Konrad-Adenauer-Straße vorliege. Diese Information sei heute in den Ladenlokalen und bei den Anwohnern verteilt worden. Zugleich sei ein Hinweis auf der Homepage der

Stadt eingestellt und die Tageszeitung habe heute darüber berichtet. Einen weiteren in der Presse werde es am 09.03.2011 geben.

Letztlich machte Bürgermeister Fiedler noch darauf aufmerksam, dass den Ratsmitgliedern die Einladung zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses samt Anlagen vorliege.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass mit dem Ende der Karnevalszeit auch die Umbauarbeiten zum Bürgerbüro im Ratstrakt beginnen würden. Daher bitte er die Stadtverordneten, während der Bauarbeiten den Zugang zum Ratstrakt über den anderen Eingang zu nehmen.

TOP 2 Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen

Bürgermeister Fiedler begrüßte Herrn Pütz in seiner Funktion als Behindertenbeauftragter der Stadt Geilenkirchen und erteilte ihm das Wort.

Herr Pütz dankte für die Gelegenheit, unmittelbar vor dem Ende seiner Amtsperiode über seine Arbeit als Behindertenbeauftragter der Stadt berichten zu können. Er versprach, dass er seine Ausführungen nicht unnötig in die Länge ziehen werde, um dem sportlichen Großereignis, auf das Bürgermeister Fiedler bei der Begrüßung schon hingewiesen habe, nicht im Wege zu stehen.

Am 03.03. des vorvergangenen Jahres habe er aufgrund einer Nachricht auf seiner Mailbox den Bürgermeister zurückgerufen. Während dieses Telefonats sei er darüber informiert worden, dass die Stadt Geilenkirchen bei der Besetzung der Stelle des Behindertenbeauftragten seine Person in Erwägung ziehe. Zwar habe er auf vorherige Nachfrage sein Interesse an dieser ehrenamtlichen Position bekundet; tatsächlich aber nicht mit seiner Bestellung gerechnet.

Schon im Vorfeld, am 30.03.2009, habe er deutlich gemacht, wie er die Position sehe. Er habe sich die Latte bewusst hoch gelegt und wisse, dass er nicht der Geduldigste sei. Diese Fähigkeit sei ihm einfach nicht gegeben.

Nach Antritt der Stelle habe er sich zunächst bei den Fraktionen, den Kirchen, der Geschäftsführung des Krankenhauses und den Schulen in städtischer Trägerschaft bekannt gemacht und Gespräche angeboten. Zum Teil sei von diesem Angebot Gebrauch gemacht worden. Unter anderem sei er zu Beginn seiner Tätigkeit gefragt worden, ob er sich nicht nur auf Probleme von Sinnesbehinderten fokussiere. Dies könne er jedoch verneinen, da er alle Problemlagen von Menschen mit Behinderungen als äußerst dringlich empfinde.

Direkt zu Beginn seiner Tätigkeit sei er in Gespräche zur Gestaltung des I. Bauabschnittes eingebunden worden. Bei dem Projekt habe man schon aus Erfahrungen vom Bau des Kreisverkehrs am Autohaus Bähr profitieren können. So habe man gelernt, dass Belange von Menschen mit Behinderungen nicht nur durch Leitlinien erfüllt würden. Vielmehr sei bspw. die Absenkung von Bordsteinen zur problemlosen Querung der Straße mit Rollstühlen und Rollatoren ebenfalls erforderlich. Im I. Bauabschnitt habe man letztlich ein Gentleman-Agreement gefunden, durch das DIN-Vorschriften eingehalten würden. Auf diese Weise sei eine gute Lösung im Rahmen der Verhältnismäßigkeit gefunden worden.

Im Zusammenhang mit den barrierefreien Einrichtungen im I. Bauabschnitt habe auch das an der Konrad-Adenauer-Straße gelegene Geldinstitut, die Kreissparkasse, eine neue Rampe mit dem richtigen Gefälle gebaut und einen Handlauf mit Informationen angebracht. So werde gehinderten Menschen und Rollstuhlfahrern der Zutritt in das Gebäude erleichtert. Hinführungslinien zum Geldautomaten würden das Angebot für Menschen mit Behinderung ergänzen.

Aufgrund der Umsetzung des barrierefreien Bauens habe die Kreissparkasse in einer Feierstunde die VdK Plakette verliehen bekommen. Hierbei sei die Rede des Bürgermeisters sehr gut bei den Gästen angekommen.

In den Vorbereitungen zum II. Bauabschnitt seien zum Thema „Barrierefreiheit“ die Planungsgrundlagen vom I. Bauabschnitt zugrunde gelegt worden. Auch hier sei im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der Barrierefreiheit Genüge getan worden.

Des Weiteren könne er beispielhaft die Baumaßnahmen für die Kindertagesstätte in Bauchem anführen, die unter Berücksichtigung der in Art. 24 der UN-Konventionen geregelten Inklusion vorgenommen worden seien. In der neuen Kindertagesstätte sei über einen Taster im Eingangsbereich ein barrierefreier Zugang geschaffen worden. Natürlich könnten aus Sicherheits- und Aufsichtsgründen nicht alle Türen mit einer Automatik versehen werden. Eine der Küchen sei außerdem mit einem Rollstuhl unterfahrbar. Aufgrund der Umsetzung der UN-Konvention in der Einrichtung bat er den Bürgermeister, der Geilenkirchener Bevölkerung diese Tatsache am Tag der offenen Tür näher zu bringen.

Darüber hinaus sei auf der neuen Kinderseite der Stadt Geilenkirchen ein barrierefreier Zugang möglich.

Nach Fertigstellung des I. Bauabschnittes habe er die Präsentation der barrierefreien Vorrichtungen in der Zeitung angeregt. Mit dem Hinweis auf die fehlenden Bänke und Baumbepflanzung sei dies bis jetzt nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Vielleicht könnte sein Vorschlag nach Vollendung des II. Bauabschnittes tatsächlich umgesetzt werden.

Im Ortsteil Teveren seien während seiner Amtszeit ebenfalls Baumaßnahmen vorgenommen worden. Bei der Neugestaltung der Chorherrenstraße sind Leitlinien und abgesenkte Bordsteine integriert worden. Personen, die auf Hilfe eines Rollators oder Rollstuhls angewiesen seien, hätten nun keine Probleme mit der Querung der Straße mehr.

Die Zuwegung zur Besenbindergasse in Teveren sei auf seine Anregung hin vom Bauhof der Stadt entsprechend hergerichtet worden. Über die Kennzeichnung des

Behindertenparkplatzes an der Kirche müsse eventuell noch einmal nachgedacht werden.

Darüber hinaus habe er zum Thema „Behindertenparkplatz“ erfreulicherweise festgestellt, dass durch die Neugestaltung des Fußgängerbereichs im I. Bauabschnitt, des Umbaus des Bahnhofs, des Beamtenparkplatzes und des Krankenhauses 25 Behindertenparkplätze im Innenstadtbereich Geilenkirchens geschaffen worden seien. Dies sei einfach super und sehr positiv angekommen.

Im Rahmen seiner zweijährigen Tätigkeit habe es bei manchen Projekten wie dem Umbau des Bahnhofs oder bei der Verlegung der Postfiliale auch unterschiedliche Meinungen gegeben. Bei Durchführung solcher Maßnahmen seien zahlreiche Vorschriften unter anderem die Landesbauordnung, die UN-Konventionen und die Arbeitsstättenverordnung zu berücksichtigen und in Einklang zu bringen.

In Dialoggesprächen mit der zuständigen Arbeitsebene im Rathaus sei man zum Schluss gekommen, das Ministerium für Bauen und Verkehr um seine Stellungnahme zu bitten. In dem Antwortschreiben sei bestätigt worden, dass sowohl der Bahnhof als auch die Postfiliale für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein müssen. So sei am Eingang zur Post bspw. eine Klingel in entsprechender Höhe angebracht. Dadurch könnten Menschen mit Behinderungen mit externer Hilfe mühelos in die Postfiliale. Schade finde er, dass die Ladentheke in der Postfiliale nicht zum Teil abgesenkt sei.

Dagegen sei die barrierefreie Zugänglichkeit zum Gleis 2 auf dem Geilenkirchener Bahnhof ein leidiges Thema. Zum Umbau von Bahnhöfen könnten Zuschüsse beantragt werden. Bis 2015 seien diese Zuschüsse jedoch schon für mehrere Bahnhöfe vorgesehen, die auf einer Prioritätenliste aufgeführt seien. Geilenkirchen sei auf der Liste leider nicht vertreten. Aus eigenen finanziellen Mitteln sei ein derartiges Projekt vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltssituation nicht zu stemmen. Im Vorfeld der Kommunalwahl sei das Thema Bahnhof von Geilenkirchener Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden. Es sei unmöglich, dass ein Mensch mit Behinderung über Aachen nach Mönchengladbach fahren müsse. Dennoch gebe es wohl kurzfristig keine anderweitige Lösung. Sollte Geilenkirchen ab 2015 auf der Liste stehen, sei frühestens 2020 bis 2025 mit einem Baubeginn zu rechnen.

Des Weiteren sei die barrierefreie Zuwegung von Hünshoven Richtung Stadtzentrum zu verbessern.

Aufgrund einer Anregung aus der Bevölkerung habe im September 2010 ein Treffen auf dem Parkplatz der Teverner Heide in Grotenrath mit der zuständigen Arbeitsebene des Rathauses, der Unteren Landschaftsbehörde, dem Ortsvorsteher Teverens und einem mittelbar betroffenen Bürger stattgefunden. Es sei nach einer Lösung für eine barrierefreie Zuwegung in die Teverner Heide gesucht worden. Diese würde ca. 40.000 – 50.000 € kosten. Mit Hilfe des Landesbehindertenbeauftragten habe er nach Wegen einer Finanzierung über Zuschüsse gesucht. In enger Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten verfolge er die Sache auch weiter.

Während seiner 25-jährigen Tätigkeit als Schwerbehindertenbeauftragter einer Landesbehörde habe er die Erfahrung gemacht, dass die Arbeit von unten nach oben genauso wichtig sei, wie der Dialog mit der Verwaltungsspitze und der politischen

Spitze. Gleichzeitig sei ihm natürlich bewusst, dass ein Bürgermeister nicht jede Woche die Zeit für ein Gespräch habe; hin und wieder seien solche Gespräche dennoch wichtig. Von den beiden Gesprächen die er mit dem Bürgermeister geführt habe, habe eines unschön geendet. Ihm sei hierbei natürlich klar, dass in einer solchen Situation jede Partei verschiedene Rollen wahrnehme und sich entsprechend verhalte. Es gäbe immer einen, der etwas will und einen, der es zulassen müsse. Grundsätzlich könne auf regelmäßige Gespräche nicht verzichtet werden. Nur so könne die Arbeit des Behindertenbeauftragten an Transparenz gewinnen und auch die Bürgerinnen und Bürger damit erreichen. Man binde sie in die Verantwortung mit ein. Mittlerweile sei das Thema „Menschen mit Behinderung“ überall angekommen; erfreulich sei bspw. dass Barrierefreiheit zukünftig auch im Architekturstudium Beachtung finde.

Es bestehe eine gesetzliche Verpflichtung, den Menschen mit einem Handicap die Teilnahme am öffentlichen Leben im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu ermöglichen.

Was in Zusammenarbeit mit der Verwaltung vor diesem Hintergrund bewegt werde, könne er anhand einiger weniger Beispiele verdeutlichen. Nach seiner Amtsübernahme sei er von mehreren älteren Mitbürgern angesprochen worden, die mit ihren Rollatoren in den Rillen auf dem Aufgang zum Friedhof an der Heinsberger Straße hängen geblieben seien. Die Stadt habe die Fugen daraufhin sehr schnell ausgetauscht. Des Weiteren habe man einem älteren, pflegebedürftigen Menschen aus einer Wohnung, die sich in einem katastrophalen Zustand befand, mit Hilfe des Seniorenbeauftragten und dem Sozialamt auf unkomplizierte Weise in einer neuen Wohnung untergebracht und einen Pflegedienst organisiert. Ein drittes Beispiel sei eine junge, mehrfach behinderte Frau, für die sehr schnell eine Reha-Einrichtung und der entsprechende Kostenträger ermittelt werden konnte.

Diese schnelle und unkomplizierte Hilfe, die man leisten könne, freue ihn sehr.

Vor kurzem sei er bspw. auch bei der Inspektion der Fluchtwege im Falle eines Brandes in der Gesamtschule beteiligt worden. In diesem Zusammenhang sei der Einsatz eines „Evakuierungsstuhls“ erörtert worden.

Wie man sehe, könnte noch eine Menge getan werden.

Konfuzius habe einmal gesagt: „Sage es mir und ich werde es vielleicht behalten, zeige es mir und ich werde es bestimmt nicht vergessen.“

In diesem Sinne sei in Düsseldorf ein Projekt mit Schülerinnen und Schülern durchgeführt worden, die in ihrer Stadt Bilder zu Barrierefreiheit gemacht haben; das schönste Bild sei prämiert worden. Auf diese Weise würden Kinder unproblematisch an die Themen Behinderung und Barrierefreiheit herangeführt.

Auf einer Besprechung mit den hiesigen Schulleitern sei die Durchführung eines solchen Wettbewerbs in Geilenkirchen vorgeschlagen worden; dieser sei von den Lehrern – für ihn sehr überraschend und erschreckend – mit der Begründung abgelehnt worden, dass Menschen mit Behinderung ein solches Projekt als diskriminierend ansehen könnten. Er habe eine ganz andere Erfahrung gemacht, als er kürzlich mit 15 Jugendlichen einen Stadtspaziergang mit „weißen Stöcken“ und Simulationsbrillen unternommen habe. Im Nachhinein habe er mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über ihre Eindrücke gesprochen. Aufgrund des insgesamt positiven Ergebnisses, bedauere er die Ablehnung des „Düsseldorfer Projektes“ gerade von Pädagogen.

Interessant für Geilenkirchen sei bspw. auch das Signet „NRW ohne Barrieren“, das die Nutzbarkeit von Gebäuden schnell erkennbar mache. Dieses Signet sei im Frühjahr des vergangenen Jahres vorgestellt worden und mittlerweile noch einmal überarbeitet worden. Die überarbeitete Version habe er schon einsehen können. So würden sicherlich Plaketten im neuen Einkaufszentrum in der Innenstadt oder bei neu errichteten Bürgerhallen Sinn machen. Darüber hinaus werde mit der DIN 18040 barrierefreies Bauen für Hörbehinderte in den Vordergrund gerückt.

In 28 Tagen ende nun seine Amtszeit. Er sei sicherlich nicht immer bequem gewesen, aber in Geilenkirchen habe man eine Menge erreicht. „Der Weg sei das Ziel“ sage ein Sprichwort und gerade im Vergleich zu Nachbarkommunen müsse man sich in Geilenkirchen nicht verstecken. Die UN-Konventionen könnten natürlich auch im Kleinen umgesetzt werden und gar nicht an die Öffentlichkeit dringen. Geilenkirchen sollte seines Erachtens den eingeschlagenen Weg nun weitergehen. Nur so leiste man einen entscheidenden Beitrag, dass Menschen mit Behinderung hier leben und integriert werden.

Stadtverordneter Wolff dankte für den beeindruckenden Vortrag. Er nehme die Kritik über die nicht ausreichende Kommunikation mit der politischen Spitze ernst. Der Vortrag und auch im Vorfeld geführte Diskussionen innerhalb seiner Fraktion hätten ihm verdeutlicht, wie wichtig der Dialog mit dem Behindertenbeauftragten sei. Im täglichen Leben und in der Hektik des Alltags halte man viele Dinge für selbstverständlich, die aus Sicht eines Menschen mit Handicap nicht so selbstverständlich seien. Hier würden auch kleine Dinge der Barrierefreiheit im Wege stehen. Der Vortrag des Behindertenbeauftragten habe sicherlich zu einer weiteren Sensibilisierung beigetragen. Herr Pütz habe festgestellt, dass Geilenkirchen auf einem guten Weg sei. Seitens der CDU-Fraktion würde man diesen Weg gerne mit Herrn Pütz weitergehen.

Stadtverordneter Kravanja schloss sich dem Dank an und meinte, dass er vieles vom Gesagten wiederholen könnte. Weiterhin dankte er auch im Namen der Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit des Behindertenbeauftragten, dessen offenen und ehrlichen Vortrag und auch für die konstruktive Kritik. In der Tat habe er während des Vortrags bemerkt, wie viele Dinge ein nicht behinderter Mensch nicht wahrnehme. Er befürworte ebenfalls, dass der Behindertenbeauftragte einmal jährlich die Gelegenheit zur Präsentation seines Tätigkeitsberichts erhalte. Auch im Namen seiner Fraktion bedanke er sich nochmals für die Arbeit des Behindertenbeauftragten, der aufgrund der Art seines Jobs sicher das eine oder andere Mal anecken müsse. Er könne sich vorstellen, dass seine Fraktion eine weitere Amtszeit des Behindertenbeauftragten unterstütze.

Stadtverordnete Frohn teilte mit, dass sich auch die FDP-Fraktion für die Tätigkeit des Ehrenamtlers bedanke. Sie stelle fest, dass Herr Pütz einen guten Job gemacht habe und sie würde sich auf eine Fortführung der Zusammenarbeit sehr freuen.

Stadtverordneter Sybertz betonte, dass es ein Segen für Geilenkirchen sei, dass ein so fachkundiger Mensch wie Herr Pütz die Aufgabe des Behindertenbeauftragten der Stadt wahrnehme.

Stadtverordneter Dr. Möhring stellte fest, dass die Einführung des Amtes des Behindertenbeauftragten angesichts dessen Aufgabenfülle offenbar richtig gewesen sei.

Herr Pütz habe in den zwei Jahren seiner Amtszeit mehr erreicht als im letzten Jahrzehnt insgesamt erreicht wurde. Vielen falle dabei gar nicht auf, mit welcher fachlichen Kompetenz Herr Pütz agiere und wie zeitintensiv dieses Ehrenamt sei. Daher wolle er sich neben allen Parteien auch persönlich herzlich für die Arbeit des Behindertenbeauftragten bedanken. Gleichzeitig stelle er Herrn Pütz jedoch die Frage, ob er sich die Fortführung seines Amtes als Behindertenbeauftragter der Stadt vorstellen könne.

Herr Pütz entgegnete, dass er eine Fortführung der Aufgabe des Behindertenbeauftragten an einige Voraussetzungen knüpfen würde. Damit die Wahrnehmung der verschiedenen Rollen für alle einfacher werde, schlage er eine Abänderung des § 4a der Hauptsatzung vor. Darüber hinaus sei ihm wie eben bereits angesprochen der Dialog mit der politischen Spitze sehr wichtig. Weiterhin sollte man zum Thema „Barrierefreiheit“ auf Geilenkirchener Arztpraxen zugehen. Dies würde einen weiteren Schritt nach vorne bedeuten.

Grundsätzlich sei er bereit, die Aufgaben des Behindertenbeauftragten für zwei weitere Jahre zu übernehmen.

Gleichzeitig sei er nun zum 6. Mal in Folge zur Hauptvertrauensperson schwerbehinderter Menschen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums NRW gewählt worden. Ihm mache die Arbeit Spaß und er freue sich, durch Engagement Dinge zu bewegen und Menschen zu helfen.

Bürgermeister Fiedler stellte fest, dass Herr Pütz als Behindertenvertreter weitgehend Zuspruch erhalten habe. Jetzt könne man den Tätigkeitsbericht noch auf sich wirken lassen. Die Anregung, den Dialog mit dem Behindertenvertreter zukünftig weiter auszubauen, sei sicherlich hilfreich. In den kommenden Wochen werde man dann über die weitere Vorgehensweise entscheiden können.

- TOP 3 62. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Tripsrath, Bereich südöstlich der Straße
Am Kreuz, östlich der Straße Eiseder Hof und nordwestlich der Hubertusstraße
Beratung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und
der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: 347/2011**

Beschluss:

Die eingegangene Stellungnahme wurde abgewogen und die Flächennutzungsplanänderung verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

- TOP 4 1. Änderung des Bebauungsplanes 97 der Stadt Geilenkirchen**
Geltungsbereich: Fläche in Tripsrath, Bereich südöstlich der Straße
Am Kreuz, östlich der Straße Eiseder Hof und nordwestlich der Hu-
bertusstraße
Beratung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und
der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Be-
lange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung
Vorlage: 348/2011

Beschluss:

Über die eingegangene Stellungnahme wurde abgewogen und der Bebauungsplan als Satzung verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

- TOP 5 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 der**
Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 351/2011

Beschluss:

Der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 der Stadt Geilenkirchen wird hinsichtlich der Überschreitung die zulässige maximale Gebäudehöhe antragsgemäß erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 20 der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 355/2011**

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 20 der Stadt Geilenkirchen wird hinsichtlich der überbaubaren Grundstücksfläche unter der Bedingung erteilt, dass sich ein zu errichtendes Gebäude zum Nachbargrundstück Liszstr. 11 hin als eingeschossig darstellt und zu diesem Grundstück hin über das Erdgeschoss hinaus keine Fenster eingebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7 Änderung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Geilenkirchen - Entwurf
Vorlage: 352/2011**

Beschluss:

Der Entwurf Einzelhandelskonzept der Stadt Geilenkirchen wird zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 8 Änderung der Bebauungspläne für die Gewerbegebiete Niederheid,

Selka und Fürthenrode

Geltungsbereiche: Gewerbegebiete in der Ortslage Niederheid, zwischen B 221 und Landstraße

4.1 Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

4.2 Verabschiedung der Planentwürfe zur Offenlage und zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2 BauGB

- a. 1. Änderung der Bebauungsplanes Nr. 30,**
 - b. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42,**
 - c. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65,**
 - d. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69,**
 - e. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86,**
 - f. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88,**
 - g. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96.**
- Vorlage: 349/2011**

Die Stadtverordneten Wolff, Melchers und Paulus zeigten wie folgt ihre Befangenheit an und begaben sich zu den entsprechenden Punkten in den Zuschauerraum:

- Stadtverordneter Wolff zu den Punkten d) und e)
- Stadtverordneter Melchers zu dem Punkt a)
- Stadtverordneter Paulus zu dem Punkt f)

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend abgewogen.

- a. Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.
- b. Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.
- c. Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

- d. Die Entwürfe der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.
- e. Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.
- f. Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.
- g. Die Entwürfe der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9 Beratung über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben
Vorlage: 327/2011**

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass er zu dem Punkt drei Sheets in einer Power Point Präsentation vorbereitet habe, der Punkt aber vermutlich nicht mehr ausführlich diskutiert werden müsse. Es gehe um die bisherige Form der Bürgerbeteiligung und ihre Modifizierung insbesondere im Hinblick auf den III. Bauabschnitt.

Stadtverordneter Benden wies darauf hin, dass seine Fraktion Bürgerbeteiligung in jedweder Form unterstütze. Als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung machte er jedoch darauf aufmerksam, dass der Ausschuss den Tagesordnungspunkt abgesetzt habe. Zudem bat er darum, die Beratungsfolge zum Tagesordnungspunkt abzuändern.

Stadtverordneter Kravanja meinte ebenfalls, dass das Thema im Umwelt- und Bauausschuss beraten werden solle bevor es im Rat besprochen werde.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass er den Punkt völlig leidenschaftslos sehe. Heute Abend könne der Punkt auch an den Umwelt- und Bauausschuss weitergeleitet werden. Die Weiterleitung in den Fachausschuss sei aus zeitlicher Sicht unproblematisch. Es sei lediglich die Bürgerbeteiligung zum III. Bauabschnitt betroffen, für die es ebenfalls keine zeitliche Not gebe.

Beschluss:

Der Rat beschloss die Weiterleitung des Tagesordnungspunktes an den Fachausschuss (Umwelt- und Bauausschuss).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 10 Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2011
Vorlage: 324/2010**

Beschluss:

Die ordnungsbehördliche Verordnung wurde in der im Entwurf vorliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 11 Vorstellung und Beratung über die Entwurfsplanung zum Ausbau der
Bischof-Pooten-Straße in Teveren
Vorlage: 237/2010**

Beschluss:

Die vorliegende Entwurfsplanung ergänzt um die Anregungen der Anlieger wurde vom Rat einstimmig beschlossen.

Der Rat beschloss die Durchführung einer Einwohnerversammlung für den Ortsteil Teveren und benannte hierfür folgende Vertreter:

CDU Stadtverordneter Paulus
 Stadtverordnete Hensen
 Stadtverordneter Conrads
 Stadtverordneter Wolff

SPD	Stadtverordneter Sybertz Stadtverordneter Banzet
FDP	Stadtverordneter Melchers
Freie Bürgerl.	Stadtverordneter Graf
Grüne	Stadtverordneter Benden

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 12 Beratung über Grundregelungen der Abfallsammlung im Stadtgebiet ab 2012
Vorlage: 344/2011**

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Hoffmann erläuterte I. Stadtbeigeordneter Hausmann, dass die Beratungsfirma der Verwaltung die Ausschreibung im Gesamtpaket empfohlen habe.

Stadtverordneter Melchers erkundigte sich, ob eine Ausschreibung in zwei Losen nicht Wettbewerbsvorteile mit sich bringe.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann verneinte, dass es ohnehin Synergieeffekte bei Hausmüll und Recycling gebe. Die Ausschreibung im Gesamtpaket sei daher die einzig sinnvolle Lösung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt sprach sich dafür aus, die bestehenden Verträge zu kündigen. Außerdem wurde entschieden den Recyclinghof mit in die EU-weite Ausschreibung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 13 Widmung von Verkehrsanlagen gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW)
Vorlage: 366/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss, die im beigefügten Lageplan markierten Verkehrsflächen, bestehend aus den Grundstücken Gemarkung Teveren, Flur 8, Flurstück 31 und 57 gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV. NRW. S. 1028, 1996 S. 81, 141, 216, 355, 2007 S. 327), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05.04.2005 (GV. NRW. S. 306), für den öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße (Anliegerstraße) gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW zu widmen. Die Widmung erfolgt ohne Beschränkung auf bestimmte Nutzungsarten. Der Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über das Einvernehmen einer Abgrabung westlich der B 221
Vorlage: 367/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen stellt das Einvernehmen nach § 36 BauGB her.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 15 Vorlage der Übersicht über die Übertragung von Ausgabeermächtigungen in das Jahr 2011
Vorlage: 368/2011**

Stadtverordneter Sybertz fragte nach, ob auf dem Beamtenparkplatz nicht noch Frauenparkplätze gekennzeichnet werden sollten.

Bürgermeister Fiedler bejahte dies und versprach alles Weitere zu veranlassen.

Des Weiteren fragte Stadtverordneter Sybertz, ob die 120.000 € für die Kanalerneuerung lediglich für den neuen Teil des Baugebietes Hinter den Höfen gilt oder für den gesamten Bereich.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann antwortete, dass dieser Aufwand für die zusätzlich geschaffenen Flächen des Baugebietes anfallt. Damit könnten 2-3 Häuser angeschlossen werden. Näheres werde aber im nächsten Umwelt- und Bauausschuss präsentiert.

TOP 16 Bekanntgabe und Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 369/2011

Stadtverordneter Jansen erkundigte sich, warum die Zuweisung an das Gymnasium St. Ursula nun 260.347 € betragen würde.

Stadtverwaltungsrat Gemünd erläuterte, dass das Gymnasium erst im Jahr 2010 die Gelder sowohl für 2009 als auch 2010 angefordert habe. Daher gebe es in einem Jahr diesen enormen Anstieg.

Stadtverordneter Kohnen fragte nach, warum die Aufwandsentschädigung für die Stadtverordneten höher als ursprünglich veranschlagt sei.

Stadtverwaltungsrat Gemünd erklärte, dass die Bezeichnung der Haushaltsstelle irreführend sei. Tatsächlich seien die Beträge für Lohnausfall und sonstige Kosten, wie bspw. Sitzungsgeld für sachkundige Bürgerinnen und Bürger, angefallen. Jeder Stadtverordnete könne bei Bedarf Lohnausfall nach der Gemeindeordnung in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen geltend machen. Dies hätte nicht einkalkuliert werden können. Darüber hinaus variere die Anzahl der Fraktions-sitzungen, so dass auch die anfallenden Entschädigungen für sachkundige Bürgerinnen und Bürger nicht genau geschätzt werden könnten.

Stadtverordneter Kohnen fragte weiter, warum eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 29.000 € für die Zuweisung der Kosten der Offenen Ganztagschule entstanden sei.

Stadtverwaltungsrat Gemünd antwortete, dass die Berechnungsgrundlage die Abrechnung aus 2009 gewesen sei. Offenbar sei aber zu wenig angesetzt worden, so dass eine Nachzahlung geleistet werden musste.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Banzet führte Stadtverwaltungsrat Gemünd aus, dass die erhöhten Unterhaltungskosten des jüdischen Friedhofs nicht aufgrund von Vandalismusschäden entstanden seien. Die bisherige Verfügung sei einfach zu niedrig angesetzt gewesen. Erfahrungsgemäß würde der Aufwand für die Unterhaltung des Friedhofes bei 70 Stunden à 32,00 € liegen. Diese Kosten würden durch den jetzigen Ansatz auch gedeckt.

Stadtverordneter Graf erkundigte sich, warum der Anteil des Bundes an Gebühren für Personalausweise um 5.000 € gestiegen sei.

Stadtverwaltungsrat Gemünd teilte mit, dass seit Ende letzten Jahres neue Personalausweise ausgestellt würden. Die höheren Gebühren für diese Ausweise seien Anfang des vergangenen Jahres nicht einkalkuliert worden.

Beschluss:

Der Rat genehmigte die in der Vorlage vorgestellten über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 17 Antrag der SPD-Fraktion zur "Umgestaltung einer Fahrbahnaufpflasterung in der Straße "Am Wiesenhang"

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erklärte kurz, dass eine die vorgeschlagene Aufpflasterung ca. 300 € kosten würde.

Bürgermeister Fiedler stellte daraufhin fest, dass mit einem minimalen finanziellen Aufwand der Anfrage der SPD Fraktion Genüge getan werden könne.

Stadtverordneter Hoffmann meinte, dass sich sicherlich alle an die Diskussion auf der Einwohnerversammlung am 08.12.2010 erinnern könnten, auf der eine Aufpflasterung am Ende der Straße am Wiesenhang lange diskutiert worden sei. Diese minimale Änderung sei nun von der CDU und der FDP aus Kostengründen abgelehnt worden. Mit dieser nicht gerechtfertigten Ablehnung wische man den Bürgerwillen einfach vom Tisch. Dieser sei auf der Einwohnerversammlung nach Meinung der Grünen, der SPD und der Freien Bürgerliste ganz klar zum Ausdruck gekommen. Eine deutliche Mehrheit habe sich für die geringfügige Abänderung ausgesprochen. Und eine Ablehnung aus Kostengründen bei Kosten in Höhe von 300-400 € könne nicht ernstlich Aufrecht erhalten werden. Dass die CDU nicht von ihrem Standpunkt abweiche sei seines Erachtens ein Racheakt aufgrund der deutlichen Niederlage

während der letzten Kommunalwahl und des Verlusts des Direktwahlmandats im Bereich Hünshoven.

Stadtverordneter Wolff wies diesen Vorwurf von sich. Der Wiesenhang sei nach vorheriger Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nach ihren Vorstellungen gebaut worden. Nun seien einige Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zufrieden. An der Einwohnerversammlung hätten ebenfalls einige Vertreter der CDU Fraktion teilgenommen. Diese hätten berichtet, dass die Meinung der Anwesenden über eine Aufpflasterung gespalten gewesen seien. Es gäbe bei jedem Projekt eine pro und contra Seite. Dies könne aber nicht dazu führen, dass jedes Jahr eine neue Entscheidung getroffen werde. Daher lehne die CDU Fraktion eine Aufpflasterung ab.

Stadtverordneter Kravanja bemerkte, dass im Umwelt- und Bauausschuss schon lange über das Thema diskutiert worden sei. Seine Fraktion vertrete nach wie vor die Auffassung, dass eine verkehrsberuhigte Maßnahme notwendig sei und diese für 300 € auf umgesetzt werden solle. Der Wille der Bürger sei auf der Einwohnerversammlung sehr klar zum Ausdruck gekommen. Und auch wenn theoretisch etwas anderes beschlossen wurde; in der Praxis habe sich diese Lösung nicht bewährt. Daher plädiere er für eine Änderung.

Stadtverordneter Benden wunderte sich über die erneute Diskussion. Auf der Bürgerversammlung sei die Maßnahme sehr kontrovers diskutiert worden, wobei man sich zum Schluss auf einen Kompromiss geeinigt habe. Dies wisse er genau, da er den Kompromiss vorgeschlagen habe. Diese minimale Änderung hätten alle Seiten akzeptiert. Am Ende der Veranstaltung hätte sich auch niemand mehr gemeldet, der gegen diesen Vorschlag gewesen sei. Er kenne die Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner am Wiesenhang sehr gut und die Mehrheit sei für die Umsetzung des Kompromisses. Es wäre sehr schade, wenn man diesem Willen nicht nachkommen würde.

Stadtverordnete Frohn bemerkte, dass sie auch an der Einwohnerversammlung teilgenommen habe. Eine absolute Einigkeit der Anwohner habe sie jedoch nicht wahrnehmen können. Vielmehr sei ein Kompromiss gesucht worden und am Ende seien die Leute aufgrund der Diskussionen einfach erschöpft gewesen. Natürlich spreche man von einem heterogenen Geschehen, bei dem es zwei verschiedene Seiten gebe mit zwei verschiedenen Meinungen. Dennoch könne nicht immer je nach Seite die Meinung bzw. auch die vorhandene Situation abgeändert werden. Es gebe immer jemanden, der mit einer bestehenden Lösung unzufrieden sei.

Stadtverordneter Eggert rief dazu auf, aufgrund der Erfahrungen aus der Praxis die kleine Abänderung am Wiesenhang vorzunehmen. Immerhin habe man sich auf der Einwohnerversammlung auf dieses Ergebnis geeinigt. Man soll die Praktikabilität in den Vordergrund stellen und im Sinne der Bürger handeln.

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	18
Enthaltung:	3

TOP 18 Gestaltung des Zufahrtbereiches vor dem Rathaus

I. Stadtbeigeordneter Hausmann führte aus, dass auf der Zufahrt zum Rathaus der Kanal in einer Länge von 15 m erneuert werden müsse. Dies habe zur Folge, dass das Pflaster in diesem Teilstück aufgerissen und nicht mehr verwendet werden könne, wie ursprünglich eigentlich beschlossen. Nun müsse eine neue Entscheidung bzgl. des Pflasters getroffen werden.

Stadtverordneter Wolff teilte mit, dass die CDU Fraktion das helle Pflaster, das auch vor dem Geschäft Breuer verlegt werde, bevorzuge. Auf diese Weise würde auch der Boulevardcharakter beibehalten. Die Fahrbahn solle dann mit schwarzem Pflaster verlegt werden. Er fragte jedoch, ob man die 15 m Kanal nicht einschließen könne.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erwiderte, dass dies nicht funktioniere. Das Pflaster müsse tatsächlich komplett erneuert werden. Die Verwaltung favorisiere die als Tischvorlage ausliegende Skizze. Technisch sei natürlich alles umsetzbar. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, eine möglichst homogene Fläche zu schaffen. Dies könne nur durch den Einsatz möglichst weniger unterschiedlicher Materialien erreicht werden. Die Skizze stimme im Übrigen auch mit den Vorschlägen des Stadtplaners überein.

Stadtverordnete Frohn meinte, dass ihre Fraktion ursprünglich anthrazitfarbenes Pflaster für die Fahrbahn gewünscht habe. Der momentane Vorschlag sehe aber helleres Pflaster vor. Sie fragte nach, ob hier Abfärbungen von Autoreifen entstehen könnten?

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erklärte, dass mit Abreibungen auf dem Pflaster grundsätzlich zu rechnen sei, wobei der Bereich natürlich nicht von Schwerlastverkehr befahren werde.

Stadtverordneter Benden warf ein, dass die CDU im II. Bauabschnitt nur mäßig von der jetzigen Situation abweiche und ausschließlich ihre eigenen Vorstellungen umsetze. Auf Radfahrer würde z.B. keine Rücksicht genommen. Die ganze Planung sei hahnebüchend und sogar der Planer finde sich hier nicht wider. Die CDU zeige in der Angelegenheit keinen guten Willen und bringe die Stadt damit nicht nach vorne.

Stadtverordneter Wolff erwiderte, dass die Planung zum II. Bauabschnitt durch einen demokratischen Prozess beschlossen worden sei. Die Mehrheit habe sich für die jetzige Lösung ausgesprochen.

Stadtverordneter Frohn wiederholte, dass ihre Fraktion nach wie vor für eine sichtbare Unterscheidung des Gehwegs und der Fahrfläche sei. Ihr Vorschlag sei daher die Beibehaltung einer anthrazitfarbenen Fahrbahn.

Stadtverordneter Volles stellte nach der Geschäftsordnung den Antrag auf Ende der Debatte und Abstimmung über den Vorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Rat lehnte den Vorschlag der Verwaltung bei 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	19
Enthaltung:	5

Stadtverordneter Wolff fragte nach, wie jetzt weiter verfahren werde. Man könne die Zufahrt zum Rathaus eventuell auch mit einem anthrazitfarbenen Pflaster mit gestrahlter Oberfläche ausbauen.

Stadtverordneter Jansen machte darauf aufmerksam, dass vorab weder Beratungen stattgefunden hätten noch Zeichnungen zur Verfügung stünden. Daher sehe er sich nicht in der Lage, heute über den Punkt abzustimmen. Da der von der Verwaltung unterbreitete Beschlussvorschlag abgelehnt worden sei, bestehe nun auch keine Eile mehr. Daher mache er den Vorschlag heute nicht über den Punkt abzustimmen.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass es schon notwendig sei, zu wissen, in welche Richtung man sich bewege.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann warf ein, dass er sich mit den Vorschlägen aus den Fraktionen zur Gestaltung nicht anfreunden könne. Er legte nochmals nahe, die Fahrfläche in einem gestrahlten Pflaster zu verlegen. Das Pflaster vor dem Geschäft Breuer werde einen hellen Ton aufweisen und der barrierefreie Übergang werde ebenfalls hell.

Bürgermeister Fiedler fragte nach, ob die Fraktionen sich eine derartige Gestaltung vorstellen könnten.

Von Seiten des Rates wurde um eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung gebeten.

(10-minütige Sitzungsunterbrechung)

Stadtverordneter Wolff erklärte nach der Unterbrechung, dass seine Fraktion bei ihrer Auffassung bleibe. Durch die farblich stärker differenzierten Bereiche würde die Fahrbahn deutlich vom Gehwegsbereich unterschieden.

Stadtverordneter Benden teilte mit, dass seine Fraktion sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass er die Planungen für inkonsequent halte und die präsentierten Ideen und Vorschläge unausgegoren seien. Er lehne eine Beschlussfassung ab.

Stadtverordneter Solenski erläuterte, dass die bisherige Verfahrensweise immer seine Zustimmung gefunden habe. Vielleicht sollte man die Beratung zu dem Tagesordnungspunkt einfach in einem der nächsten Fachausschüsse vornehmen.

Bürgermeister Fiedler stellte fest, dass die Eile zwecks Beschaffung der Steine aufgrund der Entscheidung des Rates nicht mehr gegeben sei. Zudem werde heute für einen Kompromiss sicherlich keine Mehrheit gefunden. Daher stelle er zur Abstimmung, ob der Tagesordnungspunkt im nächsten Umwelt- und Bauausschuss eingehender besprochen werden solle.

Beschluss:

Der Rat sprach sich einstimmig mit einer Stimmenthaltung dafür aus, die Beratung über den Tagesordnungspunkt in den nächsten Umwelt- und Bauausschuss zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 19 Bestellung eines stellvertretenden Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungsausschuss

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass der Hintergrund zu diesem Tagesordnungspunkt allen bekannt sein müsste. Da derzeit für den Rechnungsprüfungsausschuss kein stellvertretender Vorsitzender bestellt sei, müsse die Bestellung heute durchgeführt werden. Die Verwaltung schlage den Stadtverordneten Kravanja als stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kohnen bestätigte Bürgermeister Fiedler, dass die Beratung der Eröffnungsbilanz vom 01.01.2009 in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 29.03.2011 erfolgen solle. Die Bestellung des stellvertretenden Vorsitzenden sei unter anderem auch aufgrund des anstehenden Termins notwendig.

Stadtverordneter Kravanja fragte nach, ob seine Bestellung als stellvertretendes Ausschussmitglied rechtlich unbedenklich sei.

Stadtverwaltungsrat Willems erklärte, dass die Bestellung rechtlich korrekt sei.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig bei einer Stimmenthaltung die Bestellung des Stadtverordneten Kravanja zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 20 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Hoffmann fragte nach, ob es Neuigkeiten zur Fliegerhorst-siedlung gebe.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erläuterte, dass die Verwaltung nach wie vor Gespräche mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben führe. Das Problem bestehe in erster Linie darin, dass für die Abwasseranlagen höhere Investitionen vorgenommen werden müssten. Dies könne die Stadt alleine nicht schultern. Um den Investitionsaufwand genauer zu beziffern, würden die Abwasserkanäle überprüft. Für die Neugestaltung der Straßen würde aber vermutlich ein Aufwand von 2-3 Millionen Euro anfallen. Die Rechtslage hierzu habe an bisher nicht klären können.

- b) Stadtverordnete Kals-Deußen erkundigte sich, wer die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Geilenkirchen sei. Frau Oeben sei die letzte Gleichstellungsbeauftragte gewesen, die sich im Rat präsentiert habe. Sie interessiere sich dafür, welche Aufgaben die Gleichstellungsbeauftragte wahrnehme und was bis jetzt gemacht worden sei.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass es natürlich eine Gleichstellungsbeauftragte bei der Stadt Geilenkirchen gebe und dass diese sich auch gerne kurz vorstellen könne. Er bat Frau Offermanns sich kurz vorzustellen.

Frau Offermanns teilte mit, dass sie nun seit ca. dreieinhalb Jahren bei der Stadt Geilenkirchen tätig sei und den meisten Anwesenden aufgrund ihrer Tätigkeit als Schriftführerin im Rat und im Haupt- und Finanzausschuss sicherlich bekannt sei. Sie arbeite im Hauptamt, wo sie neben der Rats- und Ausschussarbeit noch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit tätig sei. Darüber hinaus nehme sie die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten wahr.

Stadtverordneter Hoffmann warf ein, dass jetzt sicherlich keine Kurzpräsentation der Gleichstellungsarbeit erwartet werden könne.

Bürgermeister Fiedler stimmte zu, dass eine ausführliche Präsentation der Gleichstellungsbeauftragten als eigener Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen berücksichtigt werden könne. Auf diese Weise würde auch ein angemessener Hintergrund für die Präsentation geschaffen.

- c) Stadtverordneter Graf trug Bezug nehmend auf die Anfrage des Stadtverordneten Hoffmann zum Thema Fliegerhorstsiedlung vor, dass es in Teveren heiße, die Bischof-Pooten-Straße werde ausgebaut und in der Fliegerhorstsiedlung geschehe nichts. Die Anwohner seien verunsichert und wollten wissen, wann die bis zu 30cm tiefen Schlaglöcher beseitigt würden.

Stadtverordneter Paulus teilte mit, dass in diesem Zusammenhang alle im Ungewissen seien. Normalerweise sei der Eigentümer für den Zustand des Kanals auf seinem Eigentum zuständig. Wenn hier rechtlich eine andere Situation vorliege, dann solle diese mal erläutert werden. Immerhin stünden etliche Millionen zur Debatte, so dass die rechtliche Situation zumindest geklärt werden müsse. Er fragte, inwiefern ein Bereich nach KAG abgerechnet werde und welche Anteile die Stadt oder der Eigentümer zu tragen hätte. Zudem fragte er, ob die Siedlung bereits einen Verkäufer gefunden habe.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann antwortete, dass genau die offenen Rechtsfragen bis heute der Knackpunkt seien. Würden die Kanäle neu in den öffentlichen Verkehrsflächen verlegt, habe die Stadt normalerweise einen Anspruch auf Kostenbeteiligung der Eigentümer der erschlossenen Grundstücke. Der BIMA sei jedoch vorrangig daran gelegen, die Immobilien zu veräußern. Die Bundesanstalt vertrete eine andere Rechtsauffassung als die Stadt.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass die BIMA an jeden Interessenten veräußere.

- d) Stadtverordneter Schumacher erläuterte, dass er in einer der letzten Sitzungen bereits den Weg Richtung Beamtenparkplatz entlang der Wurm angesprochen habe. Er fragte, ob die damals angesprochenen Maßnahmen durchgeführt werden konnten.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erklärte, dass die Verwaltung der Frage natürlich nachgegangen sei. Die Bäume seien zurückgeschnitten worden und die Lampen seien überprüft worden. Man habe zudem probeweise eine andere Leuchte installiert. Im Ergebnis habe man aber festgestellt, dass der Weg ausreichend beleuchtet sei.

- e) Stadtverordneter Solenski fragte nach, wann der Bau der L 364 n beginne. Immerhin stünden seit 2008 Gelder zum Umbau der Straße bereit.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erläuterte, dass ein Baubeginn derzeit nicht absehbar sei. Nach wie vor führe der Landesbetrieb Straßen NRW Gespräche mit der Deutschen Bahn, um noch offene Detailfragen zu klären. Konkreteres könne er aber noch im nichtöffentlichen Teil sagen.

TOP 21 Fragestunde für Einwohner

- a) Herr Wolf aus Geilenkirchen erkundigte sich, wie weit der Umbau der alten Stadtpassage gediehen sei und ob der Synagogenplatz nicht auch eine Aufwertung erfahren könne.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Verwaltung ihre Informationen zum Umbau auch aus der Presse entnehme und zum jetzigen Zeitpunkt vermutlich ein neuer Pächter oder Mieter vorhanden sei. Natürlich stelle man sich die Frage inwiefern der Synagogenplatz als Denkmal eine würdige Nutzung über das ganze Jahr hinweg erfahren könne. Dies könne aber sicherlich nur in Abstimmung mit der neuen Nutzung der Stadthalle erfolgen, da hier sicherlich ein harmonisches Bild geschaffen werden müsse. Man könne aber sicher sein, dass seitens der Stadt alles daran gesetzt werde, den Synagogenplatz als belebten Platz und gleichzeitig als würdige Gedenkstätte herzurichten.

Sitzung endet um: 20:33

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister Thomas
Fiedler

Tina Offermanns